

Wahlaufruf der Wählervereinigung „Bündnis für Gerechtigkeit Weißenfels“ (BfG - WSF)

In der Auseinandersetzung um sozial gerechte Abwassergebühren haben die Mitglieder der BI für sozial gerechte Abwasserbeiträge im ZAW Weißenfels wiederholt die Erfahrung machen müssen, dass ihre Vorschläge und Anträge sowohl im Stadtrat als auch in den zuständigen Ausschüssen und Einrichtungen zwar angehört, aber kaum respektiert wurden.

Daraus entstand der Entschluss zusätzlich zu den weiterhin bestehenden Aktivitäten und Anliegen der Bürgerinitiative als eigenständige Wählervereinigung aktiv in die kommunale Politik einzugreifen.

- Wir wollen uns einmischen -

Um dies zu erreichen, haben wir die Wählervereinigung „Bündnis für Gerechtigkeit Weißenfels“ gebildet.

Es ist unser Ziel mit max. 10 Abgeordneten in den Stadtrat einzuziehen.

Als mögliche Kandidaten stehen bereits sechs Bürger fest. Die Liste der Kandidaten dieser Wählervereinigung ist offen für weitere Interessenten.

- Was sind unsere Ziele? -

1. Korrektur der Haushaltspolitik

Bei über 4 Mio € Schulden ist der Kommunale Haushalt extrem verschuldet. Hinzu kommt die Verschuldung der städtischen Beteiligungen, die WSF zu einer Stadt der traurigen Rekorde machen, deren Verschuldung weit über den Bundesdurchschnitt liegt.

Sparmaßnahmen gehen ausschließlich zu Lasten der sozialen, kulturellen und sportlichen Projekte.

Im Gegensatz dazu will die Verwaltung mit einer unverantwortlich handelnden bisherigen Stadtratsmehrheit Großprojekte, wie die Straßenanbindung an die B91 (Nordspange), die Erweiterung des Klärwerkes und neuerdings sogar ein neues überflüssiges Industriegebiet an der A9 realisieren.

Das geht nur über weitere Schuldenaufnahme und schränkt die Spielräume für die übrigen gemein nützlichen Projekte weiter ein. Das alles verlangt ein zwingendes Umdenken!

2. Demokratischer Umgang mit Bürgeranliegen

In die Entscheidung über alle die Bürger betreffenden großen und größere Projekte ist prinzipiell das Votum bzw. die Meinung der Bürger einzuholen. Es darf kein „Weiter – so“ im Stadtrat geben, wie das beispielsweise im Wahlaufruf der CDU angestrebt wird. Wir wollen nicht mehr dem Diktat einer Mehrheit von CDU und Linken unterworfen sein. Diese beiden Parteien haben faktisch wie zwei Schwesterparteien in den bisherigen Wahlperioden im Stadtrat gewirkt und sich gegenseitig die Bälle zugespitzt. Dies trat augenscheinlich bei einer ganzen

Reihe umstrittener Stadtratsentscheidungen zu Gunsten des Schlachtkonzerns Tönnies zu Tage. Auch die Politik der Mitnahme von Fördermitteln um jeden Preis für Großprojekte hat zu vielerlei Missständen geführt, da die Finanzierung des Eigenanteils außer acht gelassen wurde. Alle diese Umstände führten zur Vernachlässigung von Quartieren in der Kernstadt und in den Ortsteilen.

Es geht um ein ausgewogenes Miteinander von Stadt und Land!

3. Sozial gerechte Abwasserbeiträge im Stadtrat beschließen

In der nächsten Wahlperiode bilden Beschlussfassungen zu Herstellungskostenbeiträgen und gerechte Gebührenberechnungen einen der größten Schwerpunkte der WSFèr Kommunalpolitik. Wir wollen uns für eine angemessene Beteiligung der LM Großindustrie als größte Einleiter von Schmutzfracht in die kommunale Kläranlage einsetzen. Die Orientierung liegt dabei auf einer Lastenverteilung entsprechend des Nutzungsanteils von gegenwärtig 70% durch Industrie und 30% durch Bürger, Gewerbe und Kleinbetriebe. Als Maßstab dient dabei das Vorteilsprinzip in der genannten Ausprägung und das Solidaritätsprinzip einer kommunalen Abwasseraufbereitung. Die Beitragserhebung darf zu keinen sozialen Konflikten führen!

Eine Zusammenarbeit mit allen sozial eingestellten Fraktionen mit konformer Zielstellung zur Änderung der bisherigen Mehrheitsverhältnisse wird angestrebt!